

statt, mit dem die Verfassung endgültig vereinbart werden sollte. Sie fielen diesmal in den östlichen Provinzen für die Konservativen günstiger aus, als für die Fortschrittspartei, die auf 20 Mitglieder zusammenschrumpfte; die Oberhand aber gewannen die Mittelparteien: die Nationalliberalen, die unter der Führung von Bennigsen die alten liberalen Ideale des Nationalvereins zwar aus realpolitischen Erwägungen zunächst zurückstellten, aber die Hoffnung auf ihre künftige Verwirklichung noch keineswegs fahren ließen, und die Nationalkonservativen oder, wie sie sich bald nannten, Freikonservativen, die sich unter Führung des Herzogs von Ratibor und anderer schlesischer Magnaten von den Altkonservativen getrennt hatten und die politischen Fragen mehr von einem staatsmännischen, als von dem junkerlich-hochkirchlichen Standpunkt der Kreuzzeitungspartei ansahen. Die welfischen und sonstigen westdeutschen Partikularisten und die Ultramontanen unter Führung von Windthorst und Mallinckrodt bildeten eine besondere Oppositionspartei, aus der später das sogenannte „Zentrum“ geworden ist. Der letzte Präsident der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, Eduard Simson, wurde zum Präsidenten dieses ersten norddeutschen Reichstages gewählt.

Am 4. März 1867 legte Bismarck im Namen der verbündeten Regierungen einen Verfassungsentwurf vor. Er hatte selbst erst kurz vorher die leitenden Gesichtspunkte dafür aufgestellt und die verschiedenen Teile von seinen Räten ansarbeiten lassen; die Schlussredaktion mußte der Geheimrat Lothar Bucher in der Nacht zum 4. März besorgen; es ist der Entwurf, der später auch die Grundlage der Reichsverfassung geworden ist. Mit der Durchberatung eilte es sehr, weil in dem Bündnis vom 18. August 1866 festgesetzt war, daß der endgültige Abschluß des Bundes in Jahresfrist bewirkt sein müsse, und weil das Werk des konstituierenden Reichstages erst noch durch die Landtage der einzelnen Bundesstaaten bestätigt werden mußte. Trotzdem hat es an heftigen Kämpfen nicht gefehlt; und es kann als ein fördernder Umstand betrachtet werden, daß eben während dieser Beratungen eine auswärtige Frage sich erhob, die den Ernst der Lage und die Notwendigkeit der Unterordnung liberaler Wünsche unter die Forderungen einer nationalen Machtpolitik allen verständigen Politikern klarmachte.

Nach dem Scheitern aller anderen Versuche zur Erreichung von Kompensationen richtete Napoleon sein Augenmerk damals wieder auf das Großherzogtum Luxemburg, das sich in einer seltsamen Zwitterstellung zwischen Deutschland und dem Königreich der Niederlande befand. Es stand mit diesem in Personalunion, aber es gehörte zugleich zum deutschen Zollverein, und obwohl es in den Norddeutschen Bund nicht eingetreten war, hatte Preußen doch noch das Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg. Napoleon trat mit dem König der Niederlande in Verhandlung, um das Land für Geld zu erwerben, und beschwichtigte dessen Bedenken wegen der Zustimmung Preußens durch die zuversichtliche Erklärung, daß er diese selbst beschaffen werde; er erinnerte sich wohl der Unterhaltungen mit Bismarck in Biarritz, aus denen er die Hoffnung glaubte schöpfen zu können, daß von preussischer Seite kein Widerspruch erfolgen würde. Der König der Niederlande willigte ein (28. März 1867), aber in den Kreisen der deutschen Patrioten entstand darauf eine allgemeine Erregung, die ihren Ausdruck in den Verhandlungen des norddeutschen

Reichstages fand. Am 1. April brachte Bennigsen eine Interpellation ein, in der er fragte, ob die Gerüchte über die Abtretung von Luxemburg an Frankreich wahr seien und wie die Regierung sich zu der Frage stelle? Er schlug Töne eines nationalen Empfindens an, die im Hause selbst und weithin in deutschen Landen begeisterten Widerhall weckten. Bismarck, der die Sachlage kühl beurteilte, antwortete mit diplomatischer Vorsicht und Zurückhaltung; er vermied alles, was die französische Empfindlichkeit reizen konnte, aber er hütete sich auch, der so stark sich äuernden Volksmeinung entgegenzutreten, der die Überlassung dieses deutschen Landes an Frankreich als eine moralische Unmöglichkeit erschien. An die niederländische Regierung erging am 2. April eine Mitteilung, in der empfohlen wurde, auf die öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht zu nehmen; und dies veranlaßte den König der Niederlande, von dem mit Napoleon geschlossenen Handel zurückzutreten. Napoleon fühlte sich dadurch vor Europa bloßgestellt und war empört über Preußen. Eine Zeitlang schien es, als solle es darüber zum Kriege kommen; Bismarck ergriff die Gelegenheit, sich mit den süddeutschen Regierungen in Verbindung zu setzen und fand bei ihnen bereitwilliges Entgegenkommen. Aber die Kriegsgefahr verzog sich wieder. Der König wollte den Frieden bewahren, und auch Bismarck sah in der Verwicklung keinen Grund zum Kriege, so verlockend das militärische Übergewicht Preußens und Deutschlands auch sein mochte. Napoleon konnte bei dem unfertigen Zustande des französischen Heeres einen Krieg damals nicht brauchen, und auch die Großmächte, mit denen er in Verbindung trat, wirkten auf eine friedliche Lösung hin. Graf Beust, jetzt der leitende Minister in Osterreich, machte den Vorschlag, Luxemburg zu neutralisieren — eine Möglichkeit, die auch Bismarck vorschwebte. Frankreich sollte auf die Erwerbung des Landes verzichten, aber auch Preußen auf sein Besatzungsrecht. Der Vorschlag wurde auf einer Konferenz der Mächte in London am 11. Mai 1867 angenommen, und damit war diese Angelegenheit erledigt, die schon die nationalen Gesinnungen in Deutschland mächtig aufrüttelte und als Warnung vor künftigen Gefahren dienen konnte.

Der Norddeutsche Bund, über dessen Verfassung in eben dieser Zeit beraten wurde, sollte ein Bundesstaat mit starker Zentralgewalt sein, unter dem Präsidium des Königs von Preußen; aber Bismarck hatte darauf Bedacht genommen, den unitarischen Charakter der Reichsverfassung von 1849 ebenso zu vermeiden, wie das damals geplante, auf der Grundlage der Volkssouveränität beruhende parlamentarische Regierungssystem. Er hatte in seinem Verfassungsentwurf das föderative Moment stark betont und sich auch nicht gescheut, in Außerlichkeiten an die Institutionen des alten Deutschen Bundes anzuknüpfen. Der Entwurf stellte den Bundesrat — oder wie Bismarck ihn anfangs nennen wollte, „Bundestag“ —, der aus den Vertretern der verbündeten Regierungen bestand, mit 43 Stimmen, von denen 17 auf Preußen fielen, in bewußter und gewollter Absonderung dem Reichstag, der Volksvertretung, gegenüber, als ein fest in sich geschlossenes, parlamentarischen Einflüssen unzugängliches Organ. Der Bundeskanzler, der im Namen der Präsidialmacht Preußen den Vorsitz führte, sollte ursprünglich mit dem preußischen Minister des Auswärtigen nicht identisch, aber von ihm instruiert und abhängig sein, ähnlich wie früher der Bundestagsgesandte, wie denn auch Savigny für diesen Posten in Aussicht ge-